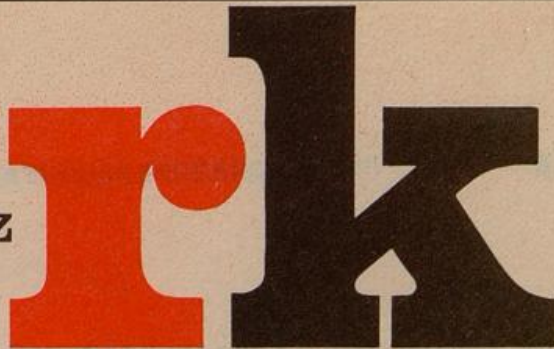


rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

Freitag, 23. November 1984

Blatt 2729

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

- Kommunal:** Szvetits-Unfall vor Versetzung
(rosa) Marchfeldebewässerung - Projekt der Stadt Wien
Wiener Landtag
Wiener Gemeinderat
- Lokal:** Seniorenquiz 1984 ein Hit
(orange)
- Kultur:** Drei Jahre Stadtkino
(gelb) Dr. Ursula Pasterk Intendantin der Wiener Festwochen
- Nur
über FS: Verkehrsbehinderungen in der Grillgasse
Unwetter in Wien
Verkehrsbehinderung auf den Linien "31" und "32"
Sturm verursachte zahlreiche Stromausfälle

Seniorenquiz 1984 ein Hit

=++++

3 Wien, 23.11. (RK-LOKAL) Das Bildungsquiz für Senioren "Wer weiß, gewinnt" war auch 1984 ein Publikumshit. Mehr als 10.000 Besucher hatte das Seniorenquiz bei seinen 17 Veranstaltungen in Pensionistenheimen, Häusern der Begegnung, im Haus des Buches, in der Zentralsparkasse und im Rahmen der Seniorenwoche in der Wiener Stadthalle zu verzeichnen. Weitere 100.000 verfolgten die Veranstaltung via Stadtradio.

32 Teams mit 128 Kandidaten ab dem 55. Lebensjahr stellten ihr Wissen auf den Gebieten Geschichte Wiens, internationale Geschichte und Politik, Natur und Kunst unter Beweis. Beziehungsvoller Name der Gewinner: "Die Optimisten". (Schluß) je/gg

NNNN

Zilk: Szvetits-Unfall vor Versetzung

=++++

4 Wien, 23.11. (RK-KOMMUNAL) Zu den Berichten um die Führung der EBS und den Unfall des ehemaligen EBS-Leiters Senatsrat Szvetits teilte Bürgermeister Dr. Helmut ZILK der "RATHAUSKORRESPONDENZ" heute mit: SR Dipl.-Ing. Szvetits wurde am 1. November in die Stadtbaudirektion versetzt. Seit diesem Zeitpunkt leitet sein ehemaliger Stellvertreter, Stadtbaurat Dipl.-Ing. SMETACZEK interimistisch die Gruppe Hauptkläranlage - Entsorgungsbetriebe Simmering der MA 30. Nach dem Zeitpunkt der Versetzung in die Stadtbaudirektion mußte SR Dipl.-Ing. Szvetits eine ordnungsgemäße Übergabe der Geschäfte durchführen. Diese Übergabe ist nun vollzogen, sodaß SR Szvetits ab Montag, 26. November, der Stadtbaudirektion voll zur Verfügung steht und keine Agenden in der EBS mehr zu regeln hat. Der Unfall mit dem Dienstwagen der EBS erfolgte am 25. Oktober, also noch vor der Versetzung in die Stadtbaudirektion. (Schluß)
rd/gg

NNNN

Wiener Landtag (1)

Utl.: Fragestunde

=++++

5 Wien, 23.11. (RK-KOMMUNAL) Unter dem Vorsitz von Landtagspräsident SALLABERGER (SPÖ) trat der Wiener Landtag Freitag zu einer Sitzung zusammen, die mit einer Fragestunde eingeleitet wurde.

Die ERSTE ANFRAGE von LAbg. Dipl.-Kfm. Dr. WÖBER (ÖVP) betraf die gesetzlichen Voraussetzungen für die Schaffung steuerlicher Anreize für die Privatinitiative bei der Stadterneuerung und den Zeitpunkt einer möglichen Gesetzesänderung. Landeshauptmann Dr. Zilk antwortete, daß er sich in einem Gespräch mit dem Finanzminister für eine steuerliche Gleichsetzung von Neubautätigkeit und Stadterneuerungsmaßnahmen eingesetzt und dafür auch grundsätzlich Zustimmung erhalten habe. Inzwischen haben weitere Gespräche stattgefunden, die weitreichende Modelle über die bloße Gleichstellung hinaus enthielten. Eine derart weitreichende Änderung könne nicht von heute auf morgen geschehen. Zudem sei es nicht sinnvoll, während laufender Verhandlungen Ergebnisse zu prognostizieren. Eine ehestmögliche Lösung sei jedoch zu befürworten.

In der ZWEITEN ANFRAGE erkundigte sich LAbg. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) über die Vereinbarungen mit der Bundespolizeidirektion bezüglich einer optimalen Überwachung der Donauinsel und der Lobau. Die Erkundigungen bei der Bundespolizeidirektion ergaben, führte Landeshauptmann Dr. ZILK aus, daß es in diesen Freizeitgebieten kein Sicherheitsdefizit gibt. Die Überwachung durch Beamte der Sicherheitswacheabteilung Floridsdorf und Donaustadt funktioniere klaglos, in den Sommermonaten werden an Wochenenden zusätzliche Streifen eingesetzt. (Forts.) lei/ap

Wiener Landtag (2)

Utl.: Fragestunde

=++++

6 Wien, 23.11. (RK-KOMMUNAL) Die Überwachung der Donauinsel und der Lobau durch berittene Polizeibeamte sei zwar denkbar, antwortete ZILK auf eine Zusatzfrage, historische Gründe führen jedoch zu Bedenken und zu Zurückhaltung in der Bevölkerung und auch bei der Polizei. (Forts.) lei/ko

Wiener Landtag (3)

Utl.: Fragestunde

=++++

7 Wien, 23.11. (RK-KOMMUNAL) Auf die DRITTE ANFRAGE von LABg. KREMNIETZER (SPö) nach der Höhe des Prozentsatzes von Fenstererneuerungen im Rahmen der Wohnungsverbesserung, antwortete StR. Ing. HOFMANN (SPö), daß sich zuletzt 56 Prozent aller Anträge darauf bezogen haben und 44 Prozent der Förderungsmittel in Anspruch nahmen. Dieser Trend hält weiter an, und es sei beabsichtigt, die Notwendigkeit eines Fenstertausches künftig genauer zu überprüfen sowie die Förderungen entsprechend zu staffeln.

Auf die VIERTE ANFRAGE von LABg. ROSENBERGER (SPö), welche Auswirkungen die beabsichtigte Bundesstraßengesetz-Novelle für Wien habe, antwortete StR. Ing. HOFMANN, daß mehrere Straßen im Entwurf zur Bundesstraßengesetz-Novelle gestrichen wurden, Wien sich jedoch für die Wiederaufnahme im Sinne der Wiener Verkehrskonzeption - mit Ausnahme von zwei Straßen - bemühen werde. Vor allem soll der entsprechende Ausbau des Gürtels sowie der West- und Südeinfahrt gewährleistet werden.

Auf die FÜNFTE ANFRAGE von LABg. ARTHOLD (öVP) nach der Stellungnahme des Landes Wien zur Führung der Außenringautobahn im Rahmen der Bundesstraßengesetz-Novelle 1985 antwortete StR. Ing. HOFMANN, die Entscheidung stehe im engen Zusammenhang mit dem möglichen Ausbau der Burgenland-Autobahn (A 3). Es sei jedenfalls eine Autobahnendstelle bei der Humberger Straße (B 16) unerwünscht. Wien wäre grundsätzlich mit der Einsparung von Grundstücken beim Bau der Südrandstraße einverstanden, die Planungen für diesen Teil der Trasse werden jedoch von Niederösterreich durchgeführt. Als nicht erstrebenswert bezeichnete Hofmann die Anbindung der A 3 an die Süd-Ost-Tangente vor der Fertigstellung des Außenringes, weil die bereits jetzt besonders stark belastete Tangente dies nicht verkraften könnte. Wenn die A 3 schon in Niederösterreich an die Südautobahn angebunden würde, wäre ein Ausbau der Tangente dringend notwendig. Hofmann kann sich auch eine alternative Trassenführung für die B 225 vorstellen. (Forts.) and/ko

NNNN

Wiener Landtag (4)

Utl.: Fragestunde

=++++

8 Wien, 23.11. (RK-KOMMUNAL) Auf die SECHSTE ANFRAGE von LAbg. Erika STUBENVOLL (SPö), ob die Blindenbeihilfe in Wien über den üblichen Anpassungsfaktor erhöht wird, antwortete StR. Univ.-Prof. Dr. STACHER (SPö), die Beihilfen für Blinde werden mit 1. Jänner 1985 voraussichtlich um 5,2 Prozent, die Beihilfen für Schwerstbehinderte um 5,9 Prozent erhöht. Der Anpassungsfaktor liegt mit 3,3 Prozent darunter. Die Stadt Wien gibt derzeit 180 Millionen pro Jahr an Unterstützungen für Blinde aus.

Auf die SIEBENTE ANFRAGE von LAbg. Dr. Ferdinand MAIER (öVP), wann das Umweltverträglichkeitsgutachten über den Bau der B 225 durch Simmering fertig sein wird, antwortete StR. RAUTNER (SPö), Ende November 1984. Man wird in Zukunft in verstärktem Ausmaß solche Gutachten erstellen, allerdings wird das immer individuell von der Art und vom Umfang des Bauwerkes abhängen.

Auf die ACHTE ANFRAGE von LAbg. Dr. HIRNSCHALL (FPö), was unternommen wird, um die Zinsen für Wohnungsverbesserungskredite zu senken, antwortete Landeshauptmann-Stellvertreter MAYR (SPö), daß im Zusammenhang mit den neuen Wohnbauförderungsgesetzen derzeit Gespräche mit den Kreditinstituten geführt werden. Sollten diese Gespräche nicht positiv verlaufen, besteht die Absicht, daß sich die Stadt Wien "zwischenschaltet". Die Stadt Wien würde dann selbst Kredite zu günstigen Konditionen aufnehmen und diese Kredite mit diesen günstigen Konditionen an die Kreditnehmer von Wohnungsverbesserungskrediten weitergeben. (Forts.) sei/gg

Wiener Landtag (5)

Utl.: Fragestunde

=++++

9 Wien, 23.11. (RK-KOMMUNAL) Die Aufkommensentwicklung bei der Anzeigenabgabe drücke sich in einer kontinuierlichen Steigerung der Einnahmen zwischen 7 und 12,5 Prozent aus, erklärte Landeshauptmann-Stellvertreter MAYR auf die NEUNTE ANFRAGE von LAbg. Ing. RIEDLER (SPö). Die Revisionsstelle der Magistratsabteilung 4 übe diesbezüglich eine intensive Prüftätigkeit aus.

StR. BRAUN (SPö) erklärte auf die ZEHNTE ANFRAGE von LAbg. Dr. HAWLIK (öVP), daß die Grundlagen für die Verordnungen zum Wiener Luftreinhaltegesetz teilweise noch nicht fertiggestellt seien. Zum Erlaß dieser Verordnungen sei der Abschluß der wissenschaftlichen Arbeiten notwendig. Gerade im Bereich Heizöl schwer habe sich aber eine rege wissenschaftliche Diskussion ergeben, deren Ende abgewartet werden müßte. Braun betonte, daß die Qualität der Wiener Luft wesentlich besser geworden sei. Es sei, entgegen anderslautenden Behauptungen, noch nie zu einer Situation gekommen, in der Smog-Alarm hätte gegeben werden müssen. (Forts.) jel/ap

Wiener Landtag (6)

Utl.: Fragestunde

=++++

10 Wien, 23.11. (RK-KOMMUNAL) Auf die ELFTE ANFRAGE von LABg. Dipl.-Ing. Dr. REGLER (ÖVP), wann die Donauuferautobahn zwischen Reichsbrücke und Praterbrücke fertiggestellt sein wird, nannte StR. RAUTNER (SPÖ) den Zeitpunkt 1990. Er werde sich allerdings bemühen, die A 22 rascher fertigzustellen.

Die ZWÖLFTE ANFRAGE wurde wegen Erkrankung von Präsident HAHN (ÖVP) zurückgezogen.

In Beantwortung der 13. ANFRAGE von LABg. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) meinte Landeshauptmann Dr. ZILK, eine Diskussion über eine Änderung der Wiener Ladenschlußzeiten müsse emotionsfrei, ohne Zeitdruck und nur in Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern geführt werden. Er habe für Anfang des kommenden Jahres die Betroffenen zu einem Gespräch eingeladen. (Forts.) fk/ko

Wiener Landtag (7)

Utl.: Wiener Rechtsbereinigungsgesetz

=++++

11 Wien, 23.11. (RK-KOMMUNAL) StR. Friederike SEIDL (SPÖ) brachte einen Entwurf für ein Gesetz zur Bereinigung der Rechtsvorschriften des Landes Wien ein (Wiener Rechtsbereinigungsgesetz) ein. Damit werden Wiener Rechtsvorschriften, die vor dem 1. Jänner 1955 in Kraft getreten sind mit Ausnahme von 24 Gesetzen und Verordnungen ab 1. Februar 1985 aufgehoben. Ziel dieses Gesetzesentwurfes sei es, so Seidl, die Wiener Landesgesetze von entbehrlichem Altbestand zu befreien und damit Klarheit über das geltende Recht zu schaffen.

Für die Realisierung des Wiener Rechtsbereinigungsgesetzes mußten rund 4.000 rechtliche Bestimmungen auf ihre Aktualität und Notwendigkeit geprüft werden. Zahlreiche im Gesetzesrang stehende Vorschriften wurden dabei ersatzlos aufgehoben, neu formuliert oder wiederverlautbart.

Seidl kündigte an, daß bis Sommer 1985 die von bis zu 200 Jahren alten Vorschriften entrümpelten Wiener Rechtsvorschriften systematisch geordnet werden, im Volltext gespeichert und als Lose-Blatt-Ausgabe in acht Bänden publiziert wird.

LABg. Dr. ZIMA (SPÖ) bezeichnete den vorliegenden Gesetzesentwurf als einen Markstein in der Rechtsentwicklung unserer Stadt, der sicherlich zu mehr Rechtsklarheit und damit zu mehr Rechtssicherheit führt. Zum Problem der Gesetzessprache sagte Zima, daß die Bemühungen dahingehen müssen, Gesetze zu formulieren, die auch von den Bürgern problemlos verstanden werden können. (Forts.)

Wiener Landtag (8)

Utl.: Wiener Rechtsbereinigungsgesetz

=++++

12 Wien, 23.11. (RK-KOMMUNAL) Der vorliegende Entwurf sei im Zusammenhang mit dem Zugang des Bürgers zum Recht und damit in Verbindung mit dem demokratischen und rechtsstaatlichen Prinzip zu begrüßen, sagte LABg. Univ.-Prof. Dr. WELAN (ÖVP). Die Gesetzesflut, der Bürger und Fachleute gegenüberstehen, führte zwangsläufig zu einer Informationskrise und ziehe Rechtsunsicherheit nach sich. Die dynamische Veränderung der Gesellschaft und damit einhergehend die Funktionsänderung des Rechts erfordert aus Gründen der überschaubarkeit Rechtseinheit. Das Wiener Rechtsbereinigungsgesetz sei ein erster wichtiger Schritt dazu. Welan regte an, daß die Gesetzesmaterien unter Beiziehung von Sprachwissenschaftlern überarbeitet werden sollen. Zudem solle das Land Wien eine Rechtsbereinigung für Bundesgesetze fordern.

ABSTIMMUNG: Das Gesetz wurde in erster und zweiter Lesung einstimmig angenommen. (Forts.) lei/ap

Wiener Landtag (9)

Utl.: Neuwahl des dritten Präsidenten

=++++

13 Wien, 23.11. (RK-KOMMUNAL) Auf Vorschlag der Sozialistischen Partei wurde Landtagsabgeordnete Gertrude STIEHL einstimmig zur neuen dritten Landtagspräsidentin gewählt. Gertrude Stiehl übernimmt das Amt von Erika KRENN.

Zwtl.: Lebenslauf von Gertrude Stiehl

Gertrude Stiehl wurde am 15. April 1928 in Wien geboren. Nach dem Studium an der Lehrerbildungsanstalt in der Hegelgasse trat sie 1947 in den Schuldienst ein. Sie war an verschiedenen Volksschulen in der Donaustadt tätig und wurde 1971 mit der Leitung der Volksschule in der Konstanziagasse in Wien 21 betraut. Gertrude Stiehl war viele Jahre in der Personalvertretung tätig und wurde 1973 in den Wiener Landtag gewählt. Zuletzt hatte sie den Vorsitz im Kulturausschuß inne.

Zwtl.: Lebenslauf von Erika Krenn

Erika Krenn wurde am 16. Juli 1925 in Wien geboren. Ihre persönliche und politische Heimat ist Favoriten. Als Büroangestellte erreichte sie während des Krieges an der Lehrerinnenbildungsanstalt in der Kundmangasse die Lehrbefähigung und war ab 1945 im Schuldienst tätig. 1966 übernahm sie die Leitung einer Volksschule in Favoriten. 1970 wurde Erika Krenn in den Wiener Landtag gewählt und befaßte sich hier vor allem mit sozialen Fragen. 1983 wurde sie zur dritten Landtagspräsidentin gewählt. (Forts.) and/ap

Wiener Landtag (10)

Utl.: Dringliche Anfrage

=+++

14 Wien, 23.11. (RK-KOMMUNAL) An den Landeshauptmann richtete die ÖVP eine DRINGLICHE ANFRAGE betreffend das Pädagogische Institut der Stadt Wien. Darin geht es um die Schulung für künftige Betreuungslehrer, die Ausschreibung von Planposten, die Aus- und Weiterbildung der AHS-Lehrer und die Integration der Lehrerfortbildung in das Pädagogische Institut.

In der Anfragebegründung verwies LAbg. Mag. Eva PETRIK (ÖVP) darauf, daß die erste Veranstaltung zur Schulung künftiger Betreuungslehrer mit 660 Teilnehmern, die von diesem Institut veranstaltet wurde, mit einem Eklat geendet habe, weil die organisatorischen Voraussetzungen gefehlt hatten. Sie kritisierte fehlende Zusammenarbeit zwischen höheren Schulen in Wien und Universitäten, wie sie in anderen Bundesländern problemlos praktiziert werde.

Im ersten DEBATTENBEITRAG meldete sich nochmals Mag. Eva PETRIK zu Wort und verlangte u.a., die Schulpartnerschaft dürfe sich nicht nur zwischen Schülern, Lehrern und Eltern entwickeln, sondern müsse auch zwischen Schule und Schulbehörde zum Tragen kommen. (Forts.)
and/ko

Wiener Landtag (11)

Utl.: Dringliche Anfrage

=++++

15 Wien, 23.11. (RK-KOMMUNAL) Landeshauptmann ZILK hätte nun die einmalige Chance, das zu tun, was er als Unterrichtsminister angekündigt hat, erklärte LAbg. ARTHOLD (ÖVP). Zilk könnte die Leiterposten der Schulen der Stadt Wien ausschreiben, er könnte dafür sorgen, daß die Lehrer für die Einführung des EDV-Unterrichts in den Schulen objektiv vorbereitet werden. Derzeit sind die EDV-Kurse eine ideologische Spielwiese. Die Auslese der Vortragenden ist äußerst fragwürdig. So hatten die Vortragenden zum Thema "EDV und Umwelt" selbst keinerlei Erfahrungen in der EDV.

Die von der ÖVP kritisierte Veranstaltung hat sicherlich Schwächen gehabt, erklärte LAbg. Margarete DUMSER (SPÖ), vor allem deswegen, weil die Universitätsvertreter bei dieser Veranstaltung die in sie gesetzten Erwartungen nicht erfüllen konnten. Es hat daher Gespräche mit der Universität gegeben, daß weitere Veranstaltungen erst nach Vorliegen von Ausbildungsplänen der Universitäten durchgeführt werden. Für die Bereiche Deutsch, Mathematik und Englisch wurden solche Ausbildungspläne bereits erarbeitet, und es können daher auch schon Veranstaltungen durchgeführt werden. Die in der Zwischenzeit getroffenen Maßnahmen lassen die dringliche Anfrage der ÖVP als überholt erscheinen, betonte Dumser. (Forts.) sei/ap

Wiener Landtag (12)

Utl.: Dringliche Anfrage

=++++

22 Wien, 23.11. (RK-KOMMUNAL) Die Einführung der EDV als Pflichtgegenstand sei eine lobenswerte Maßnahme, treffe aber Lehrer und Budgets völlig unvorbereitet, sagte LABg. Dr. MAYR (ÖVP). Er rege deshalb eine ernsthafte Überprüfung der Möglichkeiten zur Einführung der EDV in den Schulen an. Ein zweiwöchiger Einschulungskurs für Lehrer könne bei dem technischen Standard, den Schüler größtenteils selbst haben, nicht genügen.

Schulpolitik spiele sich nicht allein auf Bundesebene ab, sagte LABg. Dr. PETRIK (ÖVP). So sei im Gegensatz zum Nationalratsbeschluß über die "Neue Hauptschule" die Ganztagschule ein deklariertes Ziel im Wiener Stadtentwicklungsplan. Auch wenn im AHS-Bereich das Verhältnis Ganztagschule und Tagesheimschule ausgewogen sei, im Pflichtschulbereich sei das keineswegs der Fall. Der Wiener Stadtschulrat versuche außerdem durch eine Umfrage die Ganztagschule zu forcieren, kritisierte Petrik. (Forts.) je/gg

NNNN

Wiener Landtag (13)

Utl.: Dringliche Anfrage

=++++

23 Wien, 23.11. (RK-KOMMUNAL) Er teile die Meinung von LABg. Dr. PETRIK, daß die Schule bisher im Wiener Landtag zu wenig behandelt worden sei, sagte Landeshauptmann Dr. Helmut ZILK in seiner Beantwortung der dringlichen Anfrage.

Zum Debattenbeitrag von Dr. Peter MAYR (ÖVP) stellte Zilk fest, es stimme, daß sich die Schule zu wenig Gedanken darüber mache, was mit den Schülern nach der Schule geschieht. Die Zahl der AHS-Schüler nimmt zu, und am Ende der Ausbildung wissen die Absolventen oft nicht, was sie nun tun können.

"Ich bekenne mich zur Neuen Hauptschule", sagte Zilk. Sie habe dafür zu sorgen, daß das Schulsystem durchlässig wird. In diesem Zusammenhang kritisierte Zilk, daß in einigen Wiener Bezirken bereits bis zu drei Viertel der Volksschulkinder die AHS besuchen. "Das ist schlecht für die Kinder, das ist eine schlechte Gesamtschule".

Die sozialdemokratischen Schulpolitiker beachten die Gesetze, besonders für die Neue Hauptschule. Aber man dürfe doch nicht demjenigen, der sich Gedanken um die Zukunft der Schule mache, Gesetzesverletzung vorwerfen. "Wir glauben an die differenzierte Schule der 10 bis 14jährigen, an die gemeinsame Schule", betonte Zilk.

Zur dringlichen Anfrage selbst bedauerte Zilk die Vorfälle bei der pädagogischen Veranstaltung in der Technischen Universität. Die Universität bestehe auf der universitären Weiterbildung der AHS-Lehrer, er selber trete jedoch dafür ein, daß diese Weiterbildung von den Pädagogischen Instituten der Länder durchgeführt werden. Das sei eine Übereinstimmung auch mit der ÖVP, sagte Zilk. (Forts.) fk/ko

Wiener Landtag (14)

Utl.: Dringliche Anfrage

=++++

24 Wien, 23.11. (RK-KOMMUNAL) Die Struktur des Pädagogischen Institutes der Stadt Wien sei in Ordnung. Der jetzige Leiter werde mit Ende des Schuljahres in Pension gehen. Er trete dafür ein, betonte Zilk, daß diese Position öffentlich ausgeschrieben wird. Wenn dem Pädagogischen Institut neue Aufgaben zufallen, dann sei es auch selbstverständlich, daß die dafür notwendigen Dienstposten geschaffen werden.

Zilk bedauerte den schlechten Bauzustand einiger Wiener Schulen, verwies jedoch darauf, daß seit 1970 hunderte Bundesschulgebäude in den Ländern neu errichtet wurden und Wien dabei ein wenig vernachlässigt wurde. Er werde sich jedoch dafür einsetzen, daß die Bundeshauptstadt künftig nicht zu kurz kommen wird.

Die Sitzung des Landtages wurde um 12.45 Uhr beendet. (Schluß)
fk/gg

Marchfeldebewässerung - Projekt der Stadt Wien (1)

=++++

16 #Wien, 23.11. (RK-KOMMUNAL) Ein Projekt, das nicht nur entscheidend, nämlich um eine Milliarde, billiger kommt als das bisher vorliegende Projekt zur Marchfeldebewässerung und wesentlich weniger Grundfläche braucht, das nutzbare Kulturland nicht reduziert und außerdem bereits innerhalb von vier Jahren - gegenüber bisher sechs Jahren allein für die erste Ausbaustufe - die gesamte Marchfeldebewässerung ermöglicht: das ist das von der Stadt Wien, MA 45, erarbeitete Projekt zur Marchfeldebewässerung - Dotierung der Hoch- und Niederterrassen. Das Projekt, das auch die mit den derzeitigen Vorschlägen verbundenen Beeinträchtigungen für Wien verhindert, stellte Umweltstadtrat Helmut BRAUN nun vor. #

Zwtl.: Allgemeines

Das bisher vorliegende Projekt (das Grundkonzept ist bereits 50 Jahre alt) sieht einen Zwei-Stufen-Plan vor, wobei die erste Stufe die Bewässerung der Nordterrassen und erst die zweite Stufe die Versorgung der besonders "bedürftigen" Hochterrassen beinhaltet.

Im Interesse einer Koordinierung von Großprojekten haben bereits Besprechungen zwischen Stadt Wien und der Planungsgesellschaft Marchfeldkanal stattgefunden. Dabei zeichneten sich Lösungen ab, die unter Einbeziehung von Vorleistungen der Stadt Wien eventuell eine Einsparung des Großenzersdorfer Kanals ermöglichen. Trotzdem ergeben sich durch das derzeitige Projekt für die Stadt Wien folgende Beeinträchtigungen:

1. Zerteilung des 21. Bezirkes
2. Erschwernisse für die von der Kanaltrasse betroffenen Landwirte auch auf Wiener Gebiet
3. Grundbeanspruchung in Wien (für die Kanaltrasse)
4. wasserwirtschaftliches Zusammenspiel Wien - Niederösterreich (Marchfeld) - es soll nur die beste Lösung zur Durchführung gelangen.

Aus diesen Gründen und dem Interesse an einem optimalen Projekt hat die Stadt Wien, MA 45 - Wasserbau nun eine neue Lösung gefunden, die eine Trassenführung über Wiener Gebiet vermeidet und AB SOFORT eine Bewässerung nicht nur der Niederterrassen, sondern auch der Hochterrassen im Marchfeld ermöglicht. Das betonte Dipl.-Ing. Gerhard WEBER von der MA 45. Der Bewässerungsbedarf auf den Hochterrassen ist noch wesentlich größer als im übrigen Marchfeld. Außerdem bietet das neue Projekt der Stadt Wien die einmalige Möglichkeit, eine gesamtumfassende Marchfeldebewässerung in bester Abstimmung, aber in völliger Unabhängigkeit von allen anderen Wasserbaugroßprojekten (Donauhochwasserschutz Wien, Staustufen Hainburg und Wien) durchführen zu können. (Forts.) hs/gg

Marchfeldebewässerung - Projekt der Stadt Wien (2)

Utl.: Projektbeschreibung

=++++

17 Wien, 23.11. (RK-KOMMUNAL) Dem Projekt der MA 45 liegen völlig neue Überlegungen hinsichtlich des Trassenverlaufes zugrunde. Das Bewässerungsgebiet Marchfeld wird nach diesem Projekt über zwei unabhängige Achsen versorgt, einerseits mittels einer Überleitung von der Donau (nördlich des Bisambergs) zum "Abzugsgraben" und andererseits durch eine Dotation des Fadenbaches über die Lobaugewässer.

o ÜBERLEITUNG DONAUGRABEN - ABZUGSGRABEN

- Die Wasseranspeisung in den Donaugraben erfolgt aus der Donau bei Strom-km 1940,1.
- Mittels Hebewerk wird das Donauwasser in den mit hohen Rückstaudämmen versehenen Donaugraben gehoben und fließt dort ca. 4 km bis in den Bereich Flandorf.
- Dort ist ein Pumpwerk vorgesehen, um den natürlich vorgegebenen Höhenunterschied zwischen Donaugraben und Abzugsgraben (Raum Enzersfeld) zu überwinden.
- Die Berechnung der Jahrespumpmenge erfolgte unter der Voraussetzung einer konstanten Fördermenge von 2,5 m³/s während des ganzen Jahres und einer Steigerung je nach Bewässerungsbedarf auf 10,5 m³/s.
- Die Überleitung zum Abzugsgraben erfolgt durch Zwillingsrohre von 2,00 m Durchmesser und einen Freispiegelstollen von 3,20 m Durchmesser.
- Der bestehende Abzugsgraben, im Unterlauf auch Seyringer Graben genannt, müßte auf seine gesamte Länge (ca. 14 km) saniert werden, um die maximale Fördermenge von 10,5 m³/s abführen zu können.
- Vom Abzugsgraben wird das Wasser mittels Zwillingsrohrleitung gravitativ in den Rußbach (bei Pillichsdorf) geleitet.
- Nach der Anspeisung Rußbach erfolgt eine Überleitung (Rohrleitung) zum Mühlbach und vom Mühlbach bis in den Weidenbach, ebenfalls gravitativ.
- Der Stempfelbach wird, wie im Projekt der Planungsgesellschaft Marchfeldkanal vorgesehen, über den Obersiebenbrunner Kanal, aber in leicht veränderter Trasse, dotiert.

(Forts.) hs/gg

Marchfeldebewässerung - Projekt der Stadt Wien (3)

=++++

18 Wien, 23.11. (RK-KOMMUNAL)

o DOTATION DES FADENBACHES ÜBER DIE LOBAUGEWÄSSER

- über das bereits bestehende Einlaufbauwerk des Marchfeldkanals wird die notwendige Wassermenge (2,5 - 3,0 m³/s) aus der Donau entnommen. In einem Röhrichtbecken (Bewuchs: Schilf und Seggen) wird das "biologisch" gereinigte Wasser der Neuen Donau (über eine Rohrleitung) zugeführt.
- Im Bereich vor dem Wehr 1 (Praterbrücke) erfolgt die Überleitung der Wassermenge in das Mühlwasser, von dort über die vorhandenen Altarme der Oberen Lobau bis zum Uferhaus beim Donau-Oder-Kanal.
- Ein weiterer Kanal (Fadenkanal, ca. 5 km), der auch streckenweise als Rohrleitung ausgeführt werden kann, besorgt die notwendige Wasserzufuhr in den Fadenbach.

Zusätzlich zur Oberflächenbewässerung werden Versickerungsanlagen im Raume Eibesbrunn, Deutsch Wagram, Glinzendorf und Großenzersdorf vorgesehen.

Zwtl.: Verteilungsschema

Beim Projekt der Stadt Wien werden sofort 100 Prozent des zu versorgenden Gebietes erfaßt (im Gegensatz zum herkömmlichen Projekt, wo nur 65 Prozent des Versorgungsgebietes in der 1. Ausbaustufe versorgt werden können).

Die Gebietsbeanspruchung beim neuen Projekt ergibt für Wien 0 ha (altes Projekt: 35 ha) und für Nö ca. 39 ha (altes Projekt: 115 ha), daher im Vergleich zum ursprünglichen Projekt geringe Grundkosten.

Das neue Projekt beinhaltet die Einbeziehung aller natürlichen Gerinne, nur die Verbindung der Gerinne muß hergestellt werden (vorwiegend in Rohrleitungen). Dies trägt sowohl zur Erhaltung als auch zur Verbesserung des Landschaftsbildes bei. Das nutzbare Kulturland wird flächenmäßig nicht reduziert. (Forts.) hs/gg

NNNN

Marchfeldebewässerung - Projekt der Stadt Wien (4)

Utl.: Finanzierung

=++++

19 Wien, 23.11. (RK-KOMMUNAL) Vergleicht man die Bau- und Grundkosten von neuem und altem Projekt, so ergibt dies auf Preisbasis 1984 872 Millionen Schilling zu ca. 2.000 Millionen Schilling (1.640 Millionen Schilling der 1. Ausbaustufe zuzüglich mindestens 360 Millionen S für die 2. Ausbaustufe).

Die Ersparnis bezogen auf ein gleich großes Versorgungsgebiet, ergibt daher ca. 1.128 Millionen Schilling. Demgegenüber steht ein jährlicher Energiebedarf von ca. 10 Millionen KWh für das neue Projekt = ca. 15 Millionen Schilling.

Jedoch allein die Verzinsung der Ersparnis bringt ein Vielfaches der Energiekosten.

Außerdem könnte mit dem neuen Projekt in ca. vier Jahren die gesamte Marchfeldebewässerung effektiert werden (gegenüber 6 Jahren Bauzeit für die 1. Ausbaustufe des alten Projektes).

Es sollte daher dieses von der Stadt Wien vorgeschlagene Projekt kurzfristig, aber genau geprüft und dann so rasch wie möglich realisiert werden - im Interesse einer optimalen und wirtschaftlichen Bewässerung der Hoch- und Niederterrassen des Marchfeldes. (Schluß) hs/gg

NNNN

Drei Jahre Stadtkino

=++++

20 #Wien, 23.11. (RK-KULTUR) Das Wiener Stadtkino hat sich in den drei Jahren seines Bestehens zu einer wesentlichen Institution der Wiener Kinoszene entwickelt. Kulturstadtrat Franz MRKVICKA und der Leiter des Stadtkinos, Franz SCHWARTZ, konnten am Freitag eine erfreuliche Bilanz dieses "Kinos für den anderen Film" präsentieren und kündigten einen 33-Stunden-Filmtag zum Jubiläum an.#

Kulturstadtrat Mrkvicka stellte fest, daß es mit dem Stadtkino gelungen ist, ein Publikum für solche Filme zu gewinnen, die sowohl von der Form wie vom Inhalt her neue Wege beschreiten. Die steigende Besuchertendenz des Stadtkinos - 1984 werden rund 52.000 Besucher erwartet -, aber auch der allgemeine Trend zu einem anspruchsvollen Filmangebot sind als Indizien des Erfolges für das Stadtkino zu werten.

Neben dem Stadtkino selbst ist der Stadtkino-Filmverleih ein zweiter entscheidender Schritt zur Strukturverbesserung des Filmangebotes in Wien. Es ist gelungen, eine Reihe von Filmen in Originalfassung bereitzustellen und damit einen Anstoß zu verstärkten Bemühungen auf diesem Gebiet zu geben.

Der 33-Stunden-Filmtag, an dem das Stadtkino einen Querschnitt seines Angebotes präsentiert, beginnt am Freitag, dem 30. November, um 20. Uhr und endet am Sonntag, dem 2. Dezember, um 5 Uhr morgens. Karten sind im Stadtkino (Tel. 72 62 76) erhältlich. (Schluß) gab/ko

NNNN

Dr. Ursula Pasterk Intendantin der Wiener Festwochen

=++++

31 Wien, 23.11. (RK-KULTUR) Stadtrat Franz MRKVICKA hat Dr. Ursula PASTERK zur Intendantin der Wiener Festwochen bestellt. Nach Egon HILBERT, Ulrich BAUMGARTNER und Gerhard FREUND ist die neue Intendantin die vierte künstlerisch Alleinverantwortliche der Wiener Festwochen seit deren Neugründung 1951.

Dr. Ursula Pasterk war zuletzt als kulturpolitische Beraterin, Koordinatorin und Organisatorin im Bundesministerium für Unterricht und Kunst tätig.

Dr. Ursula Pasterk wurde 1944 in Oberschlierbach (Oberösterreich) geboren. Volksschule und Bundesrealgymnasium in Steyr. Studium an der Philosophischen Fakultät der Universität Wien: Fächer Philosophie, Psychologie und Pädagogik für das Doktorat, sowie Germanistik und Geschichte für das Lehramt an Allgemeinbildenden höheren Schulen. Abschluß des Studiums 1970. Dissertation "Das Phänomen der Utopie im Denken Ernst Blochs".

Seit 1970 ständige Mitarbeiterin beim ORF. Schwerpunkte waren Sendungen mit gesellschafts-, bildungs- und kulturpolitischer Thematik. Dafür Dr.-Karl-Renner-Preis (1973) und österreichischer Staatspreis für journalistische Leistungen im Interesse der Jugend (1974). Seit Oktober 1972 Redakteurin des Nachrichtenmagazins "profil". 1979 kulturpolitische Beratung, Koordination und Organisation für den Kulturstadtrat von Wien, Dr. Helmut Zilk. Mitglied des Direktoriums der Wiener Festwochen. Planung und Management zahlreicher Neuerungen im Wiener Kulturleben von Literaturwochen (a la Literatur im März) bis zum "Stadt kino", von Avantgarde-Festivals der Wiener Festwochen bis zu alternativen Bezirks-Kultur-Veranstaltungen. Zielrichtung: größere Öffnung der Kulturarbeit. (Schluß) gab/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (1)

Utl.: Wahl eines neuen Gemeinderatsmitglieds

=++++

25 Wien, 23.11. (RK-KOMMUNAL) Im Anschluß an die Sitzung des Landtages trat der Wiener Gemeinderat unter Vorsitz von GR. Leopold MAYRHOFER (SPö) zu einer Sitzung zusammen.

Der Gemeinderatsvorsitzende dankte Erika KRENN (SPö), die mit heutigem Tag aus dem Wiener Gemeinderat ausscheidet, für die geleistete Arbeit. Als neues Mitglied des Gemeinderates wurde Anton GAAL (SPö) einstimmig gewählt. Gaal war bisher Bezirksvorsteher-Stellvertreter in Favoriten. (Forts.) lei/ap

Wiener Gemeinderat (2)

Utl.: Subvention für Kulturverein Donaustadt

=++++

26 Wien, 23.11. (RK-KOMMUNAL) GR. Hildegard WONDRATSCH (SPö) beantragte 400.000 Schilling als Nachtragssubvention für den Kulturverein Donaustadt.

GR. Mag. KAUER (öVP) würdigte die Arbeit des Kulturvereins, meinte aber, eine Änderung des Systems der Förderung wäre ganz grundsätzlich (nicht im speziellen auf den Kulturverein Donaustadt bezogen) anzustreben. Die jetzige Abdeckung jeden Abganges könne nicht die größtmögliche Sparsamkeit garantieren.

GR. Gertrude STIEHL (SPö) erläuterte, daß vor Beginn der Arbeit des Kulturvereins Donaustadt für ein Gebiet von Größe und Einwohnerzahl wie Innsbruck keine kulturellen Einrichtungen bestanden hatten. Für den Start hatte es 300.000 Schilling aus öffentlichen Mitteln gegeben, die Renovierung des desolaten Gebäudes für das "Zentrum 22" hatte jedoch der engagierten und uneigennützigem Mitarbeit von Mandataren, Funktionären und freiwilligen Helfern bedurft. Stiehl verwies auf die vielfältigen kulturellen Aktivitäten des Vereins und unter anderem auch darauf, daß im "Zentrum Kaisermühlen" auch spastisch behinderte Kinder und Jugendliche betreut werden. Die Aktivitäten seien so umfangreich, daß die beiden Häuser bereits in Kürze aus allen Nähten platzen werden.

ABSTIMMUNG: Einstimmig angenommen. (Forts.) and/gg

Wiener Gemeinderat (3)

Utl.: Förderung für neues Philipswerk

=++++

27 Wien, 23.11. (RK-KOMMUNAL) GR. Ing. SVOBODA (SPö) beantragte, der österreichischen Philips Industrie GesmbH. für die Übersiedlung eines Werkes vom 14. Bezirk auf die Wienerberggründe im Süden Wiens ein Areal von rund 123.000 Quadratmeter zu schenken.

GR. Dipl.-Ing. PAWKOWICZ (FPö) erklärte, daß die Förderung aus volkswirtschaftlichen Überlegungen sinnvoll ist. Allerdings ist die FPö gegen den gewählten Standort: Ein Grundstück südlich des Altmannsdorfer Astes der Autobahn wäre viel besser geeignet als das nun gewählte Grundstück rechts von der Autobahn. Das zur Verbauung vorgeschlagene Grundstück war zur Schließung des Wald- und Wiesengürtels vorgesehen. Außerdem geht den Bewohnern der Siedlung "Am Schöpfung" ein großer Teil eines Erholungsgebietes verloren.

GR. SCHMIDTMEIER (SPö) erklärte, im Dezember 1982 hat der Wiener Gemeinderat einstimmig für dieses Grundstück die Flächenwidmung "Betriebsansiedlung" beschlossen. Auch der Wettbewerb für die Wienerberggründe hatte für dieses Grundstück eine betriebliche Widmung ergeben.

Die neue Philips-Fabrik wird umweltfreundlich sein, und es ist daher eine gute Lösung, wenn eine Verbindung zwischen Wohngebiet und betrieblicher Nutzung gesucht wird. Philips wird 2 Milliarden Schilling investieren, dort werden 1.900 Menschen Arbeit finden, davon 300 in der Forschung und Entwicklung, 90 Prozent der hergestellten Produkte werden in den Export gehen.

GR. Ing. SVOBODA (SPö) erklärte in seinem Schlußwort, daß das Grundstück nicht für die Schließung des Grüngürtels vorgesehen war. Der Stadtentwicklungsplan weist die nördlich von diesem Grundstück gelegenen Flächen als Erholungsgebiet aus.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPö und öVP angenommen.

(Forts.) sei/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (4)

Utl.: Pensionistenheime

=++++

29 Wien, 23.11. (RK-KOMMUNAL) GR. Christine SCHIRMER (SPö) beantragte, dem Kuratorium Wiener Pensionistenheime für den Bau der Heime Phorusplatz und Felbigergasse - Linzer Straße zinsensfreie Darlehen in der Höhe von 17 bzw. 20 Millionen Schilling zu gewähren.

GR. GLÜCK (öVP) stellte dazu einen BESCHLUSSANTRAG, in den Pensionistenheimen der Stadt Wien den Bewohnern einen Raum für ökumenische Gottesdienste zur Verfügung zu stellen bzw. einen solchen Raum in neuen Heimen einzuplanen. Die SPö könne damit ihren verbalen Bekenntnissen zur Zusammenarbeit mit der Kirche auch Taten folgen lassen.

StR. Univ.-Prof. Dr. STACHER (SPö) sagte dazu, die diesbezügliche Entscheidung liege nicht beim Gemeinderat, sondern beim Kuratorium Wiener Pensionistenheime. In Übereinstimmung mit der Kirche gebe es in jedem Pensionistenheim zwei Mal jährlich ökumenische Gottesdienste. Er sei gegen eine Verpolitisierung dieser Frage.

GR. Dr. REGLER (öVP) wies auf das steigende Bedürfnis der Menschen nach Räumen zur Andacht und zur Sammlung hin.

GR. DINHOF (SPö) sagte, man solle die Möglichkeit von Spannungen unter den alten Menschen durch eine derartige Einrichtung nicht unterschätzen. Bewohner von Pensionistenheimen seien im allgemeinen nicht pflegebedürftig und könnten auch in die Kirche gehen.

GR. Mag. KAUER (öVP) meinte, es gehe lediglich darum, die Voraussetzung zu schaffen, daß Menschen ihren religiösen Bedürfnissen nachgehen können.

ABSTIMMUNG: Einstimmig angenommen, der Beschlußantrag der öVP wurde einstimmig dem Bürgermeister und dem Ausschuß für Gesundheit und Soziales zugewiesen. (Forts.) gab/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (5)

Utl.: Subvention für Philips

=++++

30 Wien, 23.11. (RK-KOMMUNAL) GR. SCHMIDTMEIER (SPö) stellte den Antrag, der österreichischen Philips-Industriegesellschaft zur Errichtung einer neuen Produktionsstätte eine Subvention in der Höhe von 83 Millionen Schilling zur Verfügung zu stellen, vorausgesetzt der Bund leistet eine Förderung im Ausmaß von 167 Millionen. Schmidtmeier betonte, daß das Unternehmen rund 2 Milliarden Schilling investieren werde.

GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPö) verwies darauf, daß seine Fraktion ein anderes Grundstück vorgeschlagen habe. Auf Grund des hohen volkswirtschaftlichen Nutzens der Investitionen stimme seine Fraktion der Subvention dennoch zu.

ABSTIMMUNG: Einstimmig angenommen.

Zwtl.: Sachkrediterhöhung für Wohnbau Laxenburger Straße/Quellenplatz

GR. Rosa HEINZ (SPö) stellte einen Antrag auf Erhöhung des Sachkredites für die städtische Wohnhausanlage Laxenburger Straße/Quellenplatz.

GR. ARTHOLD (öVP) verwies darauf, daß die öVP seinerzeit gegen den Abbruch der beiden Häuser gestimmt habe. Die Objekte hätten sich zur Revitalisierung angeboten. Die Sachkrediterhöhung sei nur für die Absiedlung nötig geworden.

GR. Ing. SVOBODA (SPö) betonte, daß die Häuser nicht mehr instandgesetzt werden konnten. Es sei auch im Sinn der Stadterneuerung, wenn schlechte Bausubstanz durch einen Neubau ersetzt werde.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPö und FPö angenommen.

(Forts.) fk/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (6)

Utl.: Flächenwidmungsplan

=++++

33 Wien, 23.11. (RK-KOMMUNAL) GR. OBLASSER (SPÖ) beantragte die Änderung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes für ein Gebiet der Katastralgemeinde Oberlaa Land und Unterlaa sowie die Festsetzung einer Schutzzone für Teile dieses Gebietes. Die Änderung sei zur Sicherung der landwirtschaftlichen Betriebe, sowie für die Sicherung der Erholungsflächen und des dörflichen Charakters notwendig.

GR. ARTHOLD (ÖVP) sagte, daß seine Fraktion diesem Antrag deshalb nicht zustimmen könne, weil sie die Festsetzung einer Schutzzone ablehnt. Die Voraussetzungen dafür werden nicht erfüllt: Ableitung des LKW-Verkehrs, Trockenlegung der Häuser, Ausweitung der Schutzzone auch auf die Gestaltung des Straßenraumes sowie Beistellung beratender Architekten bei der Sanierung von Wohnhäusern. Zudem kritisierte Arthold, daß die Erledigung von Ansuchen seitens Privater bei der MA 7 (z.B. Erteilung einer Abbruchbewilligung) zu lange dauert und zu kompliziert ist.

GR. Ing. SVOBODA (SPÖ) erklärte, daß die Widmungsänderung sowie die Festsetzung einer Schutzzone sehr ausführlich mit den Bewohnern des Gebietes besprochen wurde. Die Schutzzone ist eine logische Konsequenz des Wunsches, die dörfliche Bebauungsstruktur zu erhalten. Den verwaltungsmäßigen Problemen, die bei der Erledigung von Ansuchen in der MA 7 aufgetreten sind, wurde durch Erhöhung des Personalstandes Rechnung getragen. (Forts.) lei/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (7)

Utl.: Flächenwidmungsplan

=++++

34 Wien, 23.11. (RK-KOMMUNAL) GR. ARTHOLD erklärte in einer zweiten Wortmeldung, daß seine Fraktion selbst die Erweiterung der Schutzzone um den Bereich der Kirche verlangt habe. Initiative Bürger stoßen jedoch immer wieder auf Widerstände verschiedener Fachdienststellen, bei der Vollziehung der Schutzonenbestimmungen gebe es vom Kulturamt zu wenig Einfühlungsbereitschaft.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen von SPÖ und FPÖ angenommen.

Zwtl.: Fernwärme

GR. SALLABERGER (SPÖ) beantragte 160 Millionen Schilling für die Heizbetriebe Wien als Investitionsförderung unter der Voraussetzung, daß auch der Bund eine Förderung gewährt.

GR. CVETKOVICH (ÖVP) kritisierte, daß Fernwärme fälschlicherweise als billige Energie bezeichnet werde und daß die Heizbetriebe mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln nicht sorgsam genug umgingen. Unbefriedigend seien Meßmethode und Verrechnungsschlüssel.

GR. EDER (SPÖ) verwies auf die Möglichkeit zur Einsparung von Primärenergie und Devisen, die Erhöhung der Lebensqualität und die Verringerung der Umweltbelastung durch Fernwärme. Die HBW haben seit 1969 insgesamt 4,4 Milliarden investiert und 70.000 Kunden.

StR. HATZL (SPÖ) betonte, daß es heute nicht darum gehe, den HBW zusätzliche Mittel zu "schenken", sondern Bundesmittel ansprechen zu können. Er kündigte an, in absehbarer Zeit andere Geräte zur Messung des Energieverbrauchs vorzustellen. Die ÖVP müsse dann bereit sein, auch klar zu sagen, welche Kosten für den Konsumenten durch präzisere Meßgeräte entstehen. Er werde dann die Fraktionen bitten, zu entscheiden, welche Geräte künftig eingesetzt werden sollen. (Forts.) and/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (8)

Utl.: Fernwärme

=++++

35 Wien, 23.11. (RK-KOMMUNAL) Es gibt viele unzufriedene Menschen, die die Art und Weise der Verrechnung der Fernwärme in Wien kritisieren, erklärte GR. Dr. PETRIK (ÖVP). Er forderte die Stadträte HATZL und SEIDL auf, über die von den Konsumenten immer wieder aufgezeigten Probleme im Gemeinderat zu berichten und Lösungsvorschläge darzulegen.

StR. Maria HAMPEL-FUCHS (ÖVP) betonte, es sei sicher kein Opportunismus, sich für die Ärmsten der Armen einzusetzen.

GR. DINHOF (SPÖ) warf der ÖVP vor, die Begriffe zu verwechseln. Man müsse zwischen jenen unterscheiden, die wirklich Hilfe brauchen und denen vom Sozialamt auch geholfen wird, und zwischen jenen, die die Gesellschaft ausnützen wollen.

GR. SALLABERGER (SPÖ) erklärte in seinem Schlußwort als Berichterstatter, durch den vorliegenden Antrag bekommen die Heizbetriebe Wien eine Förderung von mehr als 300 Millionen Schilling. Damit wird die Kostensituation bei den Heizbetrieben sicher günstiger. Durch den Anschluß von 19 großen Wiener Unternehmen wird auch die Umweltbelastung geringer.

ABSTIMMUNG: Einstimmig angenommen. (Forts.) sei/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (9)

Utl.: Postwurf

=++++

36 Wien, 23.11. (RK-KOMMUNAL) GR. Elisabeth DITTRICH (SPÖ) beantragte eine Sachkrediterhöhung zur Herstellung eines zusätzlichen Postwurfes im Jahr 1984.

GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) kritisierte, daß dieser zusätzliche Postwurf Mehrkosten von 5 Millionen Schilling verursache. Die Begründung für diesen Postwurf, aufgrund des personellen Wechsels im Stadtsenat Informationen über neue Programme geben zu müssen, könne er nicht akzeptieren, da das Medienecho in Bezug auf Bürgermeister Zilk und die neuen Stadträte ohnedies sehr groß sei.

Gemeinderat Ing. RIEDLER (SPÖ) sagte, daß durch den Wechsel im Stadtsenat der letzte Postwurf des Jahres vorgezogen worden sei, um den Bürgermeister, seine Ideen und sein Programm vorzustellen. Die darin enthaltene Vorschlagsaktion habe ein großes Echo in der Bevölkerung gefunden. Nun sei es aber notwendig, wie gewohnt das Budget des kommenden Jahres in einem Postwurf vorzustellen, der sich darüberhinaus mit verschiedenen aktuellen Problemen der Stadt beschäftigt.

In ihrem Schlußwort wies GR. DITTRICH auf das Wort von der "Information als Bringschuld" hin.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP angenommen.

Die Sitzung des Gemeinderates schloß um 17.25 Uhr.

ENDE DES SITZUNGSBERICHTES

.....

(Schluß) gab/ap

NNNN